

Israelreport

5 | 2011

Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten



Phantom Palästina

„Der feine Unterschied“



Liebe Israelreport-Leser,

Unterscheiden ist ein entscheidender Aspekt im Schöpfungshandeln Gottes. Wenn wir das erste Kapitel der Bibel aufschlagen, stellen wir fest: Gott unterscheidet zwischen Licht und Finsternis, zwischen oben und unten, nass und trocken, Himmel und Erde, Tag und Nacht, zwischen den verschiedenen Tierarten und schließlich zwischen Mensch und Tier, Mann und Frau. Wenn Gott seiner Schöpfung das Prädikat „sehr gut“ verleiht, sind diese Unterschiede bleibender Bestandteil des „sehr guten“ Werkes. Die Vollendung schließlich ist die Unterscheidung zwischen Schabbat und Wochentagen, Arbeit und Ruhe – eine Schöpfungsordnung, die der Schöpfer selbst beobachtet.

Der Sündenfall machte eine Neuschöpfung notwendig und auf dem Weg dahin die Unterscheidung zwischen heilig und profan, rein und unrein, Recht und Unrecht, gerecht und böse, Wahrheit und Lüge, Segen und Fluch, Leben und Tod. Gott bereitete die Erlösung vor, indem er „Familien, Sprachen, Länder und Völker“ voneinander schied. Schließlich machte er einen Unterschied zwischen Abrahams Nachkommen und der Heidenwelt und berief sich seine Gemeinde aus alledem heraus. So ungern das heute gehört wird, aber vor dem Entstehen einer neuen Schöpfung muss der Richter die Spreu vom Weizen trennen. Unterscheiden ist auch ein wichtiger Bestandteil des Erlösungshandelns Gottes.

Wir leben in einer Zeit, die allen Unterschieden den Kampf angesagt hat. Theologisch attraktiv sind Bibelstellen, die betonen, dass „kein Unterschied“ besteht – wobei oft übersehen wird, dass diese Aussagen nur auf dem Hintergrund bestehender Unterschiede sinnvoll sind. Zudem werden funktionale Unterscheidungen vorschnell als Werteunterschied abgelehnt.

Es soll hier nicht darum gehen, der Renaissance einer wie auch immer gearteten Apartheid das Wort zu reden. Wir wollen Gottes Handlungsweise, wie sie die Bibel offenbart, besser verstehen. Unterschiedliche Pole brauchen einander: Ohne Oben gibt es kein Unten. Wer nur von Wasser umgeben ist, kann sich Trockenheit nicht vorstellen. Forscher erschrecken sich fest, dass das Aussterben einer einzigen Tierart die gesamte Schöpfung beeinträchtigt. Ohne Frauen ist Mannsein witzlos. Wer Lüge nicht beim Namen nennen darf, ist zur Orientierungslosigkeit verdammt. Ohne Definitionen (und seien diese auch nur hypothetisch) wird Erkenntnisfortschritt unmöglich. Wer Gericht verdrängt, versinkt im Chaos. Wer den vom ersten bis zum letzten Buch der Bibel bezeugten Unterschied zwischen Israel und den Heidenvölkern ignoriert, wird Gottes Handeln nicht begreifen können.

Orthodoxe Juden danken ihrem Gott jeden Morgen im Scharit dafür, dass er sie nicht als „Fremde“, als Nichtjuden, geschaffen hat. Anstatt das als Rassismus abzutun, sollten wir als Nichtjuden vielleicht beten lernen: „Gelobt seist du, Herr, unser Gott, König des Universums, der du mich nicht als Juden gemacht hast!“ – um dann zu entdecken, wie wir gemeinsam in unserer Verschiedenheit dem Schöpfer Ehre bereiten können.

Mit einem herzlichen Schalom bleibe ich aus Jerusalem

Ihr Johannes Gerloff

Inhalt

Editorial:	„Der feine Unterschied“	2
Titel:	Phantom Palästina	3
Sicherheit:	Terror aus der Wüste	6
Hintergrund:	Jüdische Einflüsse auf den Koran	8
Gesellschaft:	Schneller als der Messias	10
Kommentar:	Vollmers Nationalgott	12
Literatur:	Palästina-Nostalgie	14
Kommentar:	Großmachtstreben am Bosphorus	15

Impressum

Herausgeber:
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com | gerloff@kep.de (J. Gerloff)
Bankverbindung
Konto: 40983210, BLZ: 513 900 00,
Volksbank Mittelhessen eG
Vorsitzende Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer Wolfgang Baake
Redaktionsleitung Egmond Prill,
Johannes Gerloff (stv.)
Redaktion Elisabeth Hausen, Dana Nowak,
Jörn Schumacher
Der Israelreport erscheint als Beilage des
Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance



Foto: UNO

Titel

Phantom Palästina

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat bei den Vereinten Nationen die Vollmitgliedschaft eines „Staates Palästina“ beantragt. Dabei gerieten historische Tatsachen und der Wille seines Volkes ins Hintertreffen. Auf die Hamas, die eine Zweistaatenlösung grundsätzlich ablehnt, ging er nicht ein. || Johannes Gerloff

Marwan ist in einem Dorf unweit des israelischen Ben-Gurion-Flughafens geboren. Heute ist dieses Dorf von mindestens zwei Seiten vom israelischen Sicherheitszaun umgeben, den man in Europa politisch korrekt „Mauer“ nennt. Zur Arbeit fährt er über die so genannte „Siedlerstraße 443“ in eine israelische Ortschaft nahe der palästinensischen Autonomiestadt Ramallah. Das Oberste Gericht des Staates Israel hat vor einigen Monaten allen Sicherheitsbedenken zum Trotz bestimmt, dass auch Palästinenser diese Autobahn benutzen dürfen. So kann Marwan seine Arbeitsstelle in gut 20 Minuten mit dem Auto erreichen.

Auf die Frage nach den Sicherheitskontrollen lacht er: „Ich werde gar nicht kontrolliert. Die kennen mich alle. Und ich bringe ihnen immer Zigaretten oder auch

mal Eiscreme mit“, beschreibt er sein Verhältnis zu den israelischen Soldaten an den Straßensperren. „Wir sind hier im Orient und man muss sich entsprechend verhalten.“

Natürlich ist die Rede und der Antrag des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas vor der UNO-Vollversammlung Gesprächsthema. Bei Nennung des Namens „Abu Masen“ – wie der Palästinenserpräsident landläufig genannt wird – winkt Marwan lässig-geringschätzig ab: „Was soll das alles?! Manche glauben, sein Vorstoß sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Viele meinen, dass man nur durch Gewalt etwas erreichen könne. Die meisten sehnen sich nach den Verhältnissen von vor 1994, als hier alles offen war. Niemand glaubt, dass zwei Staaten eine Lösung bringen. Man kann dieses Land nicht teilen!“

So weit verlief das Gespräch auf Hebräisch. Ganz offensichtlich hielt Marwan seinen Gesprächspartner für einen der jüdischen Siedler, in deren Umfeld er sich so unbefangen bewegt und seinen Lebensunterhalt verdient. Als ihm klar wird, dass ein Journalist aus Deutschland vor ihm steht, stellt er fest: „Dann kannst du ja problemlos nach Ramallah und in die anderen besetzten Gebiete reisen?!“ Um schnell noch hinzuzufügen: „Ja, dort wird man dir etwas ganz anderes erzählen...“ Offensichtlich sagen palästinensische Araber im Gespräch mit ihren jüdischen Nachbarn anderes, als im Gespräch mit ausländischen Medienvertretern. Aber was der einfache Mann auf der Straße denkt, ist auf der weltpolitischen Bühne ohnehin irrelevant.

Traditionell haben Reden vor der UNO-Vollversammlung zum Nahostkonflikt



Foto: picture alliance

Freude im Westjordanland: Palästinenser in Ramallah feiern Abbas' Antrag

einen gewissen Unterhaltungswert, vor allem wenn sie von Politikern aus dem Orient gehalten werden. Illustre Namen wie Jasser Arafat, Muammar Ghaddafi oder auch Mahmud Ahmadinedschad bürgten seit jeher für Spannung, versprachen symbolträchtige, schillernde und klare, wenngleich nicht selten unlogische Aussagen.

Das war am 23. September 2011 nicht anders, als der Vorsitzende der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, der auf dem Politparkett des Nahen Ostens eher als farblos-graue Maus gilt, ans Rednerpult trat. Herzstück des Nahostkonflikts sei, so Abbas, dass sich der Staat Israel den Vorbedingungen für Verhandlungen verweigere und weiter Siedlungen baue. Er verlas die gesamte Litanei palästinensischer Propaganda, prangerte „die Annexions-Mauer“, „eine vielschichtige Politik ethnischer Säuberung“, „Ausgrabungen, die unsere heiligen Stätten bedrohen“, „die Blockade des Gazastreifens“, „gezielte Tötungen von palästinensischen Zivilisten durch Bombardements aus der

Luft und Artilleriebeschuss“ sowie „die kriminellen Taten bewaffneter Siedlermilizen, die den besonderen Schutz der Besatzungsarmee genießen“, an. Israel, das angeblich „die einzige Besatzung in der Welt“ verantwortet und ein Staat sei, der „über dem Gesetz und der Pflicht, Rechenschaft abzulegen“, stehe, sprach er jede Kompromissbereitschaft und jeden Friedenswillen ab.

Während seiner Rede hielt Abbas drei Blatt Papier in die Höhe: den Antrag des Staates Palästina auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Die Delegierten der Welt quittierten diese Geste mit stürmischem Beifall. Bemerkenswert ist, dass sich ein „Staat Palästina“ durch seinen „Präsidenten“ um eine Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen bewarb – obwohl es diesen Staat nie gegeben hat. Auch wurde Abbas nie zum „Präsidenten des Staates Palästina“ gewählt, als der er sich auf dem Antrag ausgibt – es sei denn, er wäre dazu unbemerkt mit Ablauf seiner Amtszeit als Vorsitzender der Palästinensischen Autonomiebehörde im Januar 2010 mutiert. Jedenfalls hatte sein Premi-

erminister Salam Fajjad am 14. Oktober 2009 auf einer Pressekonferenz in Ramallah noch gefordert: „Unser Recht auf einen Staat muss in eine Resolution des UN-Sicherheitsrats gefasst werden!“, und korrekterweise festgestellt: „Oslo hat uns das nicht gegeben!“ Tatsächlich ist weder in den Abkommen von Oslo noch in irgendeiner UNO-Resolution, die für diesen politischen Prozess die Rechtsgrundlage bilden, von der Gründung eines weiteren arabischen Staates die Rede, oder dass die Palästinenser darauf ein Recht hätten.

Abbas beruft sich in seinem Antrag auf UNO-Vollmitgliedschaft auf die Resolution 181 der UNO-Vollversammlung vom 29.11.1947, bekannt auch als „Teilungsplan“ – ohne zu erwähnen, dass alle maßgeblichen arabischen Staaten diese Resolution im Mai 1948 mit einem Vernichtungskrieg gegen Israel beantwortet hatten. Palästinenser, die sich gegen diese weltweit einzigartige gewaltsame Ablehnung einer UNO-Resolution gewehrt hätten, sind bislang unbekannt. Als zweite Rechtsgrundlage wird die Unabhängigkeitserklärung eines Staates Palästina vom 15.11.1988 in Algier und deren Kenntnisnahme durch die UNO-Generalversammlung einen Monat später bemüht.

Hamas bekämpft PLO

In den Dokumenten ist vom „israelisch-palästinensischen Konflikt“ und „israelischen Siedlungstätigkeiten“ die Rede. Doch weder der Staat Israel noch die Palästinensische Autonomiebehörde (Palestinian National Authority – PNA) werden erwähnt. Damit ignoriert das Phantom „Staat Palästina“ und sein „Präsident“ in ihrem Antrag auf UNO-Vollmitgliedschaft die beiden eigentlichen relevanten Partner des Vertragswerkes von Oslo.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Alleinvertretungsanspruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organisation – PLO) als „einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes“ unterstrichen wird. Interessant wäre, zu erfahren, was das palästinensische Volk dazu denkt. Im Januar 2006 hat es sich in den bislang einzigen freien Parlamentswahlen im arabischen Nahen Osten mit überwältigender Mehrheit für die islamische Bewegung Hamas ausgesprochen, die ausdrücklich nicht zur PLO gehört und diese heftig bekämpft.

„Theater des Absurden“

Die Rede Benjamin Netanjahus war kaum weniger unterhaltsam. Gleich zu Beginn bezeichnete der israelische Premierminister die Vollversammlung der Vereinten Nationen – seine versammelte Zuhörerschaft! – als „Theater des Absurden“ und erinnerte daran, dass in diesem Forum 1980 der ägyptisch-israelische Friedensvertrag verurteilt worden war. Netanjahu monierte, dass Israel in 21 von 27 Resolutionen verurteilt wurde – „mehr als alle anderen Staaten der Welt

„Als Premierminister Israels kann ich die Zukunft des jüdischen Staates nicht durch Wunschdenken aufs Spiel setzen.“

Seinem Vorredner Mahmud Abbas entgegnete der israelische Regierungschef: „Das Herz des Konflikts sind nicht die Siedlungen. Die sind eine Folge des Konflikts. Das Herzstück des Nahostkonflikts ist die Weigerung der Palästinenser, einen jüdischen Staat in welchen Grenzen auch immer anzuerkennen.“ Um sich dann direkt an diesen zu wenden: „Präsident Abbas, warum gehen Sie nicht darauf ein? Wir müssen aufhören, über Ver-

Israels Außenminister Avigdor Lieberman begrüßte den Quartett-Vorstoß zur Wiederaufnahme von Verhandlungen. Die Palästinenser betonten einen Siedlungsstopp und eine Festlegung auf die so genannten „Grenzen von 1967“ – die eigentlich auf ausdrücklichen Wunsch der arabischen Welt, die 1949 in den Abkommen von Rhodos einen jüdischen Staat nicht anerkennen wollte, nur vorläufige Waffenstillstandslinien sein sollten. Netanjahu weigert sich, einen Rückzug auf diese Linien auch nur zu erwägen, weil er sie nicht für verteidigungsfähig hält.



Foto: UNO

Plädiert für Wahrheit: Benjamin Netanjahu am 23. September vor der UNO-Versammlung

zusammen“; dass in der Vergangenheit Muammar Ghaddafis Libyen die Menschenrechtskommission, Saddam Husseins Irak das Abrüstungskomitee und heute der von der Hisbollah dominierte Libanon den Sicherheitsrat leiteten. „So etwas kann niemand erfinden!“, resümierte der israelische Regierungschef ironisch. Dann erzählte er, dass ihm 1984 bei seinem Amtsantritt als Israels UNO-Botschafter der Lubawitscher Rebbe ins Stammbuch geschrieben hatte: „Du wirst in einem Haus vieler Lügen dienen. Aber auch am dunkelsten Ort ist das Licht einer einzigen Kerze weithin sichtbar.“

„Die Wahrheit ist“, fuhr Netanjahu fort, „dass Israel Frieden mit einem palästinensischen Staat wünscht. Nur die Palästinenser wollen einen Staat ohne Frieden!“ Er zeichnete den „militanten Islam“ als Hauptfeind eines Friedens im Blick auf die atomaren Ambitionen Persiens, das eine regionale Vorherrschaft anstrebe, das düstere Bild eines „Arabischen Frühlings“, der „bald zum iranischen Winter“ werden könnte. Im Blick auf Israels Sicherheitsansprüche meinte Netanjahu:

handlungen zu verhandeln. Lassen Sie uns einfach zur Sache kommen. Lassen Sie uns einen Frieden aushandeln!“

Doch die ausgestreckte Hand des israelischen Regierungschefs sah oder hörte der „Präsident des Staates Palästina“ schon nicht mehr. Er hatte längst das Weite gesucht, die UNO verlassen und sich auf den Weg zum Flughafen gemacht, um nach Jordanien zurückzufliegen. Ein Beobachter bezeichnete den Redeaustausch der Kontrahenten als Dialog von Autisten, bei dem jeder in seinen Wunschvorstellungen verharrt, ohne auch nur ansatzweise auf die Denkweise des anderen einzugehen.

Unmittelbar nach den Reden und dem palästinensischen Antrag trafen sich führende Vertreter des so genannten „Nahost-Quartetts“ (UNO, EU, USA und Russland) und forderten beide Seiten auf, unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um möglichst noch vor Ende des Jahres 2012 ein Verhandlungsergebnis zu erreichen. Allerdings vermieden sie jede konkrete Äußerung zu den Hauptstreitpunkten Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge und Siedlungen.

„Du wirst in einem Haus vieler Lügen dienen.“

Auch im Blick auf die Hauptstadtfrage ist Abbas' Rückbezug auf den Teilungsplan (UNO-Resolution 181 vom 29.11.1947) problematisch. Dort wurde Jerusalem zum „Corpus separatum“ unter internationaler Verwaltung erklärt, das weder zum jüdischen noch zum arabischen Staat gehört. Streng genommen wäre die Forderung der Palästinenser nach Jerusalem als Hauptstadt des Staates Palästina also ein Widerspruch zu der von ihnen selbst geforderten Rechtsgrundlage. Im Blick auf das jüdische Israel hält sich die gesamte Welt an die Regelung und anerkennt nicht Israels bereits aus dem Jahr 1949 stammende Erklärung, Jerusalem sei seine Hauptstadt. Europäische Botschaften sind mit dem ausdrücklichen Verweis auf die Resolution 181 nicht in Jerusalem, sondern in Tel Aviv angesiedelt.

Während sich die Fernsehkameras der Welt auf jubelnde Palästinenser in Ramallah konzentrierten, meldeten Widerstandsgruppen im Westjordanland eine Verhaftungswelle der palästinensischen Sicherheitskräfte. Abbas scheint auf der Weltbühne in New York mehr Rückhalt für seinen „Staat Palästina“ zu genießen, als im eigenen Volk. Der als furchtloser Menschenrechtler bekannte Bassem Eid von der „Palestinian Human Rights Monitoring Group“ meint: „Die Straße kümmert es nicht, ob Abu Masen seinen Staat bekommt oder nicht.“ Ein Straßenhändler in Jerusalems Altstadt schnauzt: „Abu Masen benennt nur die ‚Besatzung‘ in ‚Staat‘ um. Für uns ändert sich dadurch gar nichts, nur dass sich dann niemand mehr für uns interessiert.“ ||

Terror aus der Wüste

„Für mich war es eine Routinefahrt. Ich fuhr auf der Straße nahe der Grenze in Richtung eines ägyptischen Postens. Da stehen immer Soldaten, aber dieses Mal eröffneten sie das Feuer auf meinen Bus“, erzählt der 60-jährige Busfahrer Benni Bilawski. || Ulrich W. Sahn

Das war der erste Augenzeugenbericht über einen „rolenden Terroranschlag“ am 18. August. Auf einen Schlag wechselte die mediale Aufmerksamkeit der Welt von Revolutionen, Aufständen, und Zehntausenden Toten des „arabischen Frühlings“ zurück zu Israel, dem „Kern des Nahostkonflikts“. Seit drei Jahren hatte es dort keinen „großen“ Terroranschlag mehr gegeben. Und jetzt plötzlich forderte eine „Terrorwelle“ acht israelische Tote und zahlreiche Verletzte.



Foto: Wilson44691, Wikipedia

Die israelisch-ägyptische Grenze bei Eilat

Bis heute ist unklar, was sich genau auf der Überlandstraße 12 abspielte. Die Straße führt hart an der teilweise unbefestigten „Friedensgrenze“ zwischen Israel und Ägypten entlang. Israel hatte sich 1982 im Rahmen des Friedensvertrags mit Ägypten aus der Sinaihalbinsel gemäß dem Prinzip „Land für Frieden“ zurückgezogen. Im Gegenzug hatte sich Ägypten zu einer Entmilitarisierung der Halbinsel zwischen Suezkanal und Israel verpflichtet. Premier Benjamin Netanjahu erinnerte mit Verbitterung vor der UNO-Vollversammlung in New York daran, dass die Vereinten Nationen jenen ersten Frieden Israels mit einem arabischen Land niemals anerkannt haben. Deshalb gibt es entlang dieser Grenze keine UNO-Beobachter, sondern eine eigens dafür geschaffene „Multinational Force of Observers“ (MFO). Diese Grenze war tatsächlich friedlich, wenn man von Zehntausenden Flüchtlingen und Arbeitsmigranten aus Afrika, Prostituierten aus Moldawien, Drogenschmugglern und anderen illegalen Grenzgängern absieht. Immer wieder gibt es auch Tote.

Israel und Ägypten hatten 30 Jahre lang, trotz eines „kalten Friedens“, ein Interesse, keine Grenzzwischenfälle zuzulassen. Israels Geheimdienst hatte im August offenbar Hinweise auf die Möglichkeit eines palästinensischen Anschlags an der Grenzstraße. Die Israelis wussten, dass die sogenannten „Volkswiderstandskomitees“ eine „Operation“ planten. Sie wussten jedoch

nicht, wann oder wo. Stillschweigend waren Elitekämpfer des „Jamam“, der hochspezialisierten Truppe zur Terrorbekämpfung, nach Eilat verlegt worden. In der Nacht vor den Anschlägen lagen sie im Hinterhalt. Im Morgengrauen kehrten sie zum Frühstück in ihre Hotels oder Kasernen zurück. Sie hatten nicht geglaubt, dass die Angreifer am helllichten Tag kommen würden. Deshalb war die Landstraße trotz der Warnungen nicht für den Verkehr gesperrt. Doch die Terroristen griffen am Mittag an. Ein Bus der Linie 392 wurde auf der Strecke von Be'er Scheva nach Eilat beschossen. Es gab rund 28 Kilometer nördlich von Eilat einen Toten und mehrere Verletzte. In schneller Abfolge kamen Berichte über weitere Anschläge. Ein zweiter Bus wurde 26 Kilometer vor Eilat von einem Selbstmordattentäter angegriffen und in Brand gesteckt. Der Fahrer war sofort tot. Zum Glück war der Bus sonst leer. Bei Angriffen auf Privatfahrzeuge und Schusswechseln starben weitere Menschen. Israelische Elitekämpfer erwiderten das Feuer. „Dabei wurden die meisten ägyptischen Grenzsoldaten getötet“, hieß es in einem Untersuchungsbericht der israelischen Armee, dessen Existenz vom Militärsprecher jedoch nicht bestätigt wurde. Die Zeitung „Yediot Aharonot“ hatte das in einem kaum beachteten Artikel veröffentlicht. Dieser Report sei den Ägyptern vorgelegt worden. Doch sie hätten das israelische Untersuchungsergebnis zurückgewiesen.

Ägypten lehnt Verantwortung ab

Ohne Untersuchung zur Todesursache machte Ägypten die Israelis für den Tod von fünf Grenzsoldaten verantwortlich und forderte eine „Entschuldigung“ sowie Entschädigung für die Angehörigen. In dem offiziell nicht veröffentlichten Militärreport steht laut „Yediot Aharonot“, die Leichen der Terroristen seien „einwandfrei“ identifiziert worden. Die Terrorzelle habe aus zwanzig Mitgliedern bestanden. Die Drahtzieher seien Palästinenser aus Rafah im Gazastreifen gewesen. Alle ausführenden Terroristen seien jedoch von den radikal-islamischen Volkswiderstandskomitees rekrutierte Ägypter gewesen. Ein Ägypter soll sogar Grenzpolizist „im Dienst“ gewesen sein. Doch die Ägypter wollten nicht eingestehen, eine Mitverantwortung zu tragen.

Die Terroristen nutzten das Chaos in Kairo nach dem Sturz von Präsident Hosni Mubarak, die Schwäche der jetzigen Regierung und das Machtvakuum auf der Sinaihalbinsel. Freilich hatte es auch schon unter Mubarak schwere Terroranschläge gegeben, weil die Polizeikräfte seit Jahren kaum Kontrolle über die Beduinen im Sinai hatten. Israel vermutet dort ein Rückzugsgebiet für „Al-Qaida-nahe“ Zellen. Waffen, Sprengstoff und sogar vom Iran angelieferte Raketen werden über Ägypten und quer durch den Sinai in den Gazastreifen zur Hamas geschmuggelt. Keineswegs handelt es sich nur um „selbstgebastelte“ Feuerwerkskörper, zu-

mal sie eine Reichweite bis Be'er Scheva und fast bis Tel Aviv haben. Die Ägypter fahren einen eher widersprüchlichen Kurs. Nachdem Extremisten mehrfach die Erdgasleitungen nach Jordanien und Israel im Norden des Sinai gesprengt hatten, baten sie Israel, ihre Polizeikräfte verstärken zu dürfen, über die im Friedensvertrag festgelegten Zahlen hinaus. Israel gestattete es „ausnahmsweise“ und genehmigte sogar Panzerwagen – mit dem Hinweis, dass dies keine Änderung des Friedensvertrages bedeute. Vielleicht angespornt durch diese Nachgiebigkeit und mit Blick auf die anti-israelische Stimmung auf der ägyptischen Straße erklärte der ägyptische Außenminister, der Friedensvertrag mit Israel sei „nicht heilig“, was in Israel dann doch Unbehagen und Ängste auslöste.

Obama droht mit Konsequenzen

In der Nacht vom 9. auf den 10. September wurde dann in Kairo die israelische Botschaft gestürmt. US-Präsident Obama intervenierte persönlich telefonisch und drohte dem ägyptischen Regime „mit Konsequenzen“, sollte den Diplomaten etwas zustoßen. Die Demonstranten waren anfangs in das Innenministerium eingedrungen und hatten ihrem Unmut über das Militärregime Luft gemacht. Stundenlang ließen die Sicherheitskräfte die Demonstranten gewähren. Generalfeldmarschall Tantawi, Chef der herrschenden Militärjunta, blieb zwei Stunden lang unerreichbar, wie US-Außenministerin Hillary Clinton, der amerikanische Verteidigungsminister und Israels Verteidigungsminister Barak feststellen mussten. In letzter Minute schickten die Ägypter Kommandosoldaten mit Panzerwagen und retteten sechs Sicherheitsleute aus akuter Lebensgefahr. Israelische Sprecher monierten, die ägyptische Regierung sei an der Hetze gegen Israel beteiligt gewesen, weil sie der Bevölkerung Einzelheiten über die Ereignisse vom 18. August vorenthalten habe. So sei verschwiegen worden, dass die Anschlagsserie von ägyptischem Territorium ausgegangen oder die ersten Schüsse auf Zivilisten von ägyptischen Grenzposten aus abgeschossen worden waren. Einige der Todesschützen hätten ägyptische Uniformen getragen. Kein israelischer Sprecher machte die ägyptische Regierung allerdings für die Anschläge direkt verantwortlich. Drahtzieher seien die Anführer der „Volkswiderstandskomitees“ gewesen, die Israel noch am 18. August mit einem gezielten Luftangriff tötete. Gleichwohl irritiert es Israelis, dass die ägyptische Regierung auf altbewährte Weise Israel zum Sündenbock stempelte, Hass gegen Israel schürte und schließlich den Pöbel vor der Botschaft außer Kontrolle geraten ließ. Zuvor schon war jener Kletterer wie ein Nationalheld gefeiert worden, der die israelische Flagge vom Dach der Botschaft geholt und verbrannt hatte. Da Botschaften unter besonderem Schutz der Wiener Konventionen stehen, hätte eigentlich die ägyptische Regierung jenen „Spiderman“ verhaften und bestrafen müssen. So kam es zum Sturm auf die Botschaft, der leicht mit dem Tod von sechs israelischen Diplomaten hätte enden können, was schlimme Konsequenzen gehabt hätte.

Ägyptens Regierung spielt mit dem Feuer. Nur die angedrohte Einstellung von US-Hilfszahlungen hält sie von drastischeren Schritten ab. Der Sturm auf die Botschaft hatte beinahe eine rote Linie überschritten. Fast alle Oppositionsparteien, die Arabische Liga und auch die ägyptische Regierung distanzieren sich von dem „Pöbel“ – nicht etwa aus „Liebe zu Israel“, sondern weil der Schutz diplomatischer Vertretungen weltweit als Grundregel zwischenstaatlicher Beziehungen gilt. ||



SCHECHINGER
Tours

Mit Schechinger-Tours
nach Israel

Israelreise über den Jahreswechsel
Mit Pastor Wolfgang Wangler (Pfalzgrafenweiler),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 27.12.2011 – 05.01.2012

Israel-Frühlingsreise
Mit Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck),
Klaus Eberwein (Bibel-Center Breckerfeld)
vom 19.02.2012 – 26.02.2012

Israelreise
„Ostern in Israel erleben“
Mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 04.04.2012 – 15.04.2012

Israel-Festreise-Pfingsten
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 27.05.2012 – 08.06.2012

Israel-Erlebnisreise
Mit Hans Peter Royer
(Direktor vom Tauernhof in Schladming/Österreich)
vom 02.09.2012 – 13.09.2012

Israel-Inforeise
Für Pfarrer, Gruppenplaner und Verantwortliche.
Zur Planung einer eigenen Gruppenreise.
vom 30.01.2012 – 06.02.2012

weitere Reisen sind geplant

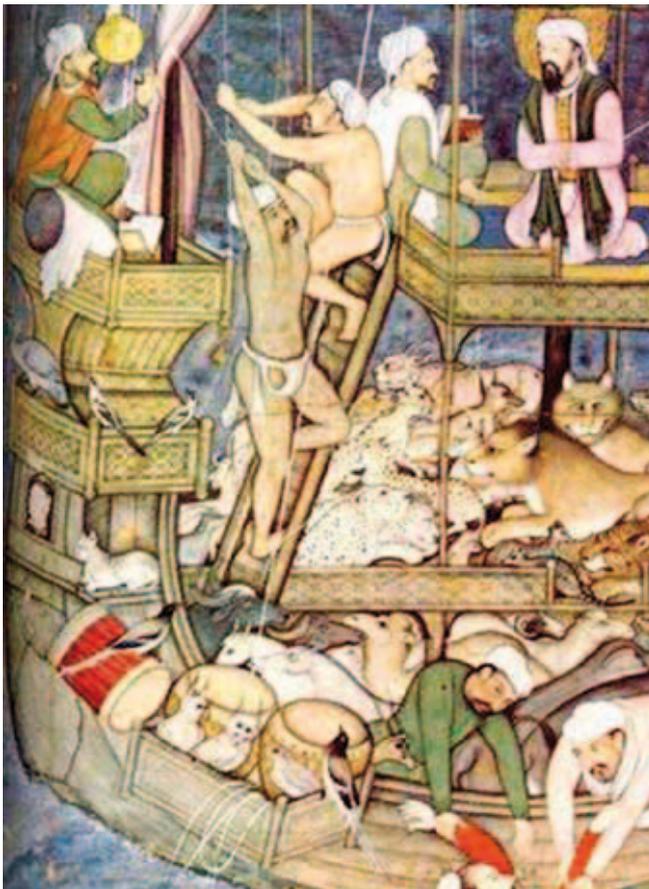
Bitte fordern Sie unsere Reiseprospekte kostenlos an!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger
Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de

Hintergrund Islam

Jüdische Einflüsse auf den Koran

Wer den Koran liest, stößt immer wieder auf alttestamentliche Namen wie Adam, Abraham, Josef, Mose oder David. Auch von der Sintflut und der Arche Nochs und sogar vom verheißenen Land der „Kinder Israels“ ist die Rede. Die einzelnen Personen verlieren im Zuge der Islamisierung allerdings ihre heilsgeschichtliche Bedeutung und werden wie andere jüdische Traditionen den jeweiligen Interessen und Bedürfnissen Muhammads unterworfen. || Carsten Polanz



Eine islamische Darstellung der Arche aus Mogul

Nach dem traditionellen und bis heute vorherrschenden islamischen Offenbarungsverständnis gibt es nur eine Quelle für den Koran – Allah selbst. Für viele Muslime ist es daher eigentlich undenkbar, von den heidnischen, jüdischen, christlich-apokryphen und anderen „Quellen“ für den Koran zu sprechen. Dabei ist es offensichtlich, dass Muhammad viele Begriffe, Erzählungen, Riten und auch Rechtsvorstellungen aus seinem religiösen Umfeld übernommen hat – vor allem von den Juden auf der Arabischen Halbinsel. Da Muhammad vieles nur vom Hörensagen kannte, verwundert es auch nicht, dass der Koran praktisch keine Zeit- und Ortsangaben macht und an manchen Stellen Namen und Ereignisse in der koranischen Darstellung im Vergleich mit der Bibel durcheinander geraten.

Adam

Adam erscheint auch im Koran als der erste Mensch, dem Gott von seinem Geist einbläst, der aber nicht nach dem Bilde Gottes geschaffen wird. Sure 7,19-25 schildert, wie der Satan Adam und Eva einflüstert, von dem verbotenen Baum zu essen und das Gebot Gottes zu übertreten. Obwohl die beiden auch hier aus dem Paradies vertrieben werden, ist der Bruch nicht so einschneidend, wie es die Bibel beschreibt. Adam zeigt Reue und Gott wendet sich ihm gnädig wieder zu. Sure 20,122 spricht von der „göttlichen Rechtleitung“ Adams. Das ist ein zentraler Begriff, der in der Mitte von Muhammads eigener Predigt steht. Für Muslime ist Adam daher in gewisser Weise bereits der erste Muslim und steht am Anfang einer langen Reihe von Propheten, die mit Muhammad zum Abschluss kommt.

Der Koran berichtet über die „zwei Söhne Adams“ und den Brudermord, ohne allerdings Kain und Abel mit Namen zu nennen. Sure 5,31 berichtet, dass ein Rabe dem ratlosen Kain zeigt, wie er die Leiche seines Bruders in der Erde verscharren kann – zweifellos eine Übernahme einer Legende aus dem Talmud, nach dem der Rabe dies Adam und Eva zeigt. Anschließend heißt es im Koran, dass derjenige, der jemand anderen zu Unrecht tötet, so angesehen wird, „als ob er die Menschen alle getötet hätte“. Auch diese Aussage ist dem Talmud entnommen.

Noah

Muhammad verstand die alttestamentlichen Prophetengeschichten nach einem einheitlichen Muster: Sie warnten ihre Zeitgenossen vor dem Gericht Gottes und setzten ihnen eine Frist zur Umkehr. Daraufhin wurden sie von vielen verspottet und verfolgt, bis Gott am Ende die unbußfertigen Ungläubigen vernichtend schlug und den Propheten und seine Gemeinde rettete. Insofern dienten die koranischen Darstellungen früherer Propheten Muhammad als Spiegelbild seiner eigenen Situation und als Ermutigung, bis zum endgültigen Sieg über die Ungläubigen auszuharren. Ganz ähnlich wie Muhammad warnt Noah seine Zeitgenossen: „O mein Volk, ich bin ein deutlicher Warner: Dienet Gott und fürchtet ihn, und gehorcht mir, dann vergibt er euch etwas von euren Sünden und stellt euch zu einer bestimmten Frist zurück.“ (Sure 71,2-4) Muhammad identifizierte sich so sehr mit Noah, dass er die altarabischen Götzen seiner Zeit kurzerhand in die Zeit Nochs zurückverlegte. Interessanterweise verschärft der Koran die biblische Darstellung der Sintflut, indem er – wie die rabbinische Kommentarliteratur – von „kochend heißem Wasser“ spricht.

Mose

Zahlreiche biblische Ereignisse aus dem Leben Moses wie die besonderen Umstände seiner Geburt, sein Mord an dem Ägypter, seine Flucht, seine Berufung und seine siegreiche Auseinandersetzung mit dem Pharao und seinen Leuten werden aufgegriffen. Während auch der Koran von zahlreichen Plagen berichtet, fehlt ausgerechnet das Sterben der Erstgeburt mit der Verschonung der Israeliten und der Feier des Passahmahls. Wie an vielen anderen Stellen verlieren die Berichte damit ihre heilsgeschichtliche Bedeutung und werden zur bloßen Projektionsfläche Muhammads. Die Diskussionen Moses mit den „Vornehmen aus dem Volk“ spiegeln die Auseinandersetzungen Muhammads mit den Wohlhabenden in Mekka wider.



Fotos: Wikipedia

Mose und die Tochter des Pharao auf einem jüdischen Fresco

Wie Muhammad selbst wird Mose der Zauberei und Besessenheit beschuldigt. In Sure 59,21 heißt es: „Wenn wir diesen Koran (statt auf dich) auf einen Berg hätten herabkommen lassen, hättest du ihn aus Furcht vor Gott demütig zusammensinken und sich spalten sehen.“ Ganz ähnlich heißt es in einer jüdischen Tradition, dass sich der Berg Horeb vor der Offenbarung der Torah demütigte und von seinem Platz gerückt wurde. Darüber hinaus legt der Koran Mose eine ausdrückliche Ankündigung Muhammads in den Mund.

Das verheißene Land

Erstaunlicherweise spricht der Koran sogar vom verheißenen Land der „Kinder Israels“: „O mein Volk, tretet in das heilige Land ein, das Gott euch bestimmt hat. Und kehrt nicht den Rücken, sonst würdet ihr als Verlierer umkehren.“ (Sure 5,21) Andere Stellen werfen den „Kindern Israels“ Feigheit und mangelnde Kampfbereitschaft vor, als ihnen vorgeschrieben wird, für die Einnahme des Landes zu kämpfen. Die meisten muslimischen Ausleger ignorieren diese Verse heute und relativieren ihre Bedeutung für den aktuellen Konflikt. Eine Ausnahme ist der italienische Imam Abdul Hadi Palazzi, der in vielen Medien bereits als der „zionistische Imam“ Schlagzeilen machte. Er verweist unter anderem auf die oben genannten Stellen, um seine Unterstützung für den Zionismus zu begründen. Wer sich gegen den Zionismus stelle, lehne sich gegen den Willen Allahs auf, behauptet Palazzi sogar, der unter anderem an der renommierten Al-Azhar-Universität in Kairo studiert hat. Zwar gibt es bereits heftige Proteste ge-

gen Palazzi im Internet, aber erstaunlicherweise kein offizielles Rechtsgutachten – offensichtlich, weil er streng auf der Grundlage des Koran argumentiert.

Abraham

Welche tragische Entwicklung die Beziehung Muhammads zu den Juden am Ende genommen hat, verdeutlicht am besten das koranische Abrahambild. In der frühen Phase seiner Verkündigung greift Muhammad ganz offensichtlich zahlreiche Erzählungen aus dem Talmud auf – so zum Beispiel die Gotteserkenntnis, die Abraham durch die Betrachtung des Sternenhimmels gewonnen haben soll oder die Beschreibung seiner Auseinandersetzung mit dem Götzendienst seines Vaters. So beruft sich Muhammad anfangs gegenüber den mekkanischen Heiden zunächst auf die Juden als „Kronzeugen“ für die Wahrheit seiner eigenen Botschaft – nicht zuletzt in der Betonung der Gerechtigkeit aus Werken. Im Koran wird er sogar aufgefordert, im Zweifel „diejenigen [zu fragen], die (bereits) vor dir das Buch lesen“. (Sure 10,94) Muhammad sucht damals noch die Annäherung und ist sich sicher: „Unser Gott und euer Gott ist einer.“ (29,46).

Tragische Umdeutung

Doch Muhammads Hoffnung auf seine Anerkennung bei den Juden in Medina wird enttäuscht. Daraufhin wird das Abrahambild im Koran arabisiert und islamisiert. In Sure 2,125 wird Abraham gemeinsam mit seinem Sohn Ismael zum Begründer der Kaaba in Mekka erklärt, die Muhammad samt ihren Wallfahrtsriten aus dem arabischen Heidentum übernimmt und in den Islam integriert. In Sure 3,67 heißt es schließlich: „Abraham war weder Jude noch Christ, sondern er war ein Anhänger des reinen Glaubens, ein Gottergebener.“ Juden und Christen wirft der (späte) Koran dagegen vor, Vielgötterei zu betreiben und das Wort Gottes zu missachten und zu verdrehen. In vielen Versen erscheint der Islam als wahre Religion Abrahams, an der sich auch die sogenannten Buchbesitzer messen lassen müssen: „Wenn sie an das Gleiche glauben, woran ihr glaubt, so folgen sie der Rechtleitung. Wenn sie sich abkehren, so befinden sie sich im Widerstreit. Gott wird dich vor ihnen schützen.“ (Sure 2,137) Als Muhammad schließlich ab 624 gewaltsam gegen die jüdischen Stämme vorgeht, entnimmt er die Berechtigung für sein Vorgehen ausgerechnet der jüdischen Tradition von den Straferichten Gottes. Der Feldzug gegen die Juden erschien ihm als göttliches Gericht über das ungläubige und hochmütige Volk der Juden, das aus koranischer Sicht immer schon die Propheten verfolgt, auf seinen Besitz vertraut und das Wort Gottes missachtet oder verdreht hat.

Der Islamwissenschaftler Johan Bouman hat sehr anschaulich dargestellt, dass Muhammad die jüdische Tradition von Anfang an seinen eigenen Interessen und Bedürfnissen unterwarf und notfalls neu interpretierte. Demnach wollte Muhammad frei über die jüdische Tradition verfügen, „einmal in engem Kontakt zur Vorlage, ein anderes Mal mit größerem Abstand“. In Medina wurde aus der Abstandshaltung Feindschaft. Das macht den tragischen Charakter der Beziehung zwischen dem Koran und den Juden aus und legt bereits die geistesgeschichtliche Grundlage für den heutigen Nahostkonflikt. ||

Schneller als der Messias

Aller üblen Nachrede zum Trotz war sie letztendlich doch eher da als der Messias: Die Jerusalemer Straßenbahn, die erste im Heiligen Land überhaupt. Erste Pläne für eine Straßenbahn in der Heiligen Stadt hatte der griechisch-libanesischer Ingenieur George Franjeh bereits im Jahr 1892 entworfen. Baubeginn war dann aber erst 110 Jahre später, im Jahr 2002. 2010 konnte man mit ersten Tests beginnen. Manch Böswilliger munkelt, keine Straßenbahn der Welt sei so lange probegefahren worden. || Johannes Gerloff



Foto: Johannes Gerloff

Die letzte Neuigkeit der uralten Stadt: Die Straßenbahn ist gestartet

Bis zuletzt hielt sich hartnäckig das Gerücht: Der Messias kommt, bevor in Jerusalem eine Straßenbahn fährt. Immerhin fünf Jahre lag der Straßenbahnbau hinter der Planung zurück. Doch dann, an jenem denkwürdigen Freitagmorgen, dem 19. August 2011, durfte die Jerusalemer Öffentlichkeit endlich die letzte Neuigkeit der uralten Stadt in Gebrauch nehmen. Mehr als 40.000 Jerusalemer sollen die Straßenbahn, die vom Herzlberg – auf der Straßenbahnanzeige „Hertzel“ geschrieben – bis nach Pisgat Se’ev im Norden der Stadt fährt, am ersten Tag ausprobiert haben. 14 Züge waren auf

13,8 Kilometer Strecke mit einer Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h im Einsatz.

Kurz vor Inbetriebnahme der Bahn kollabierte dann noch das vollcomputerisierte Ticketsystem. Eine langwierige Reparatur war zu erwarten. Kurzerhand entschied die Betreiberfirma CityPass in Absprache mit Regierung und Stadtverwaltung, dass die Verkehrsneuheit in den ersten Wochen kostenlos fährt.

In jedem Waggon fährt ein Schaffner mit, der den straßenbahnunerfahrenen Jerusalemern genau erklärt, wie man richtig Straßenbahn fährt: „Bitte festhalten!“ Und: „Lehnen Sie sich nicht an

die Tür!“ Auf die Frage, was denn passieren würde, wenn man sich während der Fahrt an die Tür des sich so hochmodernen Gefährts lehnen würde, meint der Experte todernst: „Dann wird die Notbremse in Gang gesetzt.“ Das Verkehrsministerium soll völlig neue Verkehrsregeln für die Straßenbahn erlassen haben, die allerdings offensichtlich noch ins Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer sickern müssen.

Ein Vater aus dem ultraorthodox-jüdischen Viertel Mea Shearim steigt zu. Staunend betrachtet er die neueste technische Errungenschaft seiner Hei-



Schaffner stehen den Passagieren zur Seite



Die Baustelle in der Jaffastraße zwei Jahre vor der Einweihung

Fotos: Johannes Gerloff, Elisabeth Hausen

matstadt von innen und vergisst darüber seine Kinder. Fröhlich turnen diese im Gestänge, als die nagelneue Straßenbahn mit einem unsanften Ruck an der nächsten Station anhält. Die Kinder purzeln zwischen die Füße der Fahrgäste. Festhalten will gelernt und die Notwendigkeit dafür erfahren sein – und auch die frischgebackenen Straßenbahnführer müssen noch lernen, wie man fahrgastfreundlich anfährt und wieder anhält.

Vor dem Damaskustor drängt eine Gruppe von muslimischen Pilgern über die Gleise. Immerhin ist der Fastenmonat Ramadan und der Muezzin ruft vom Haram asch-Scharif, dem Tempelberg, zum Gebet. Eine Gruppe von Polizisten steht bereit, welche die Frommen auf die Bedeutung der roten Ampel hinweist. Erschrocken weichen die Araber zurück – gerade noch rechtzeitig, bevor die gigantische Silberschlange vorbeizischt und durch ein sanftes Klingeln ihre Vorfahrt erzwingt.

Arabische Richtlinien

An der nahe gelegenen Haltestelle verteilen junge Araber Werbematerial, das dem alteingesessenen Jerusalemer die Vorteile der „Rakevet Kalah“, der „Leichtbahn“, erklären soll. „Sie müssen sich eine Genehmigung holen, um mit mir reden zu dürfen!“, erklärt die hübsche Palästinenserin nachdrücklich: „Sonst dürfen wir nicht mit Ihnen reden!“ Auch das ist erstmalig. Normalerweise dürfen wir Journalisten mit allen reden – nur bestimmte Funktionsträger müssen sich autorisieren lassen, um mit uns reden zu dürfen.

Diese jungen Jerusalemer, die offensichtlich keine jüdischen Israelis sind, scheint der Gebetsruf von der Al-Akka-Moschee ebenso wenig zu kümmern wie die Tatsache, dass es im Vorfeld der Straßenbahneröffnung auf internationaler Bühne zu heftigen Diskussionen um deren politische Korrektheit gekommen war. Immerhin fährt die Straßenbahn durch die Stadtteile French Hill, Schuafat und Pisgat Se´ev – Gebiete, die Israel erst im Sechstagekrieg von 1967 erobert hat, weshalb sie in Europa als völkerrechtswidrig besetzt gelten.

Eine holländische Bank und ein schwedischer Pensionsfonds haben deshalb die Betreiber boykottiert. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat mit Anklagen vor französischen Gerichten versucht, die freie Fahrt der Straßenbahn zu behindern, und sich noch im Jahr 2009 darum bemüht, die Straßenbahnbetreiber mit lukrativen Millionenangeboten aus den Golfstaaten dazu zu bewegen, das Jerusalemer Projekt einzustellen.

Ein israelischer Sicherheitsbeamter tastet mit seinem Metalldetektor einen älteren Palästinenser ab. Der lächelt und erklärt freundlich: „Morgen bringe ich alle meine Kinder, damit sie Straßenbahn fahren können.“ – „Hoffentlich nur die Kinder und sonst nichts...“, murmelt der Sicherheitsmann todernt und wendet sich seinem nächsten „Opfer“ zu.

Staatskontrolleur Micha Lindenstrauß hatte im Mai 2008 moniert, dass das Projekt (bereits damals schon!) 128 Prozent teurer geworden war, als ursprünglich veranschlagt. Daran sind nicht nur die Gerichtsverfahren schuld, die das Jahrhundertprojekt der Heiligen Stadt be-

gleitet haben. Die Planer haben sich alle Mühe gegeben, das Umfeld der Bahn ansprechend zu gestalten. So wurden entlang der Route in den Jahren 2009 bis 2011 mehr als 3.500 Bäume gepflanzt – bis das Verkehrsministerium zu der Einsicht kam, dass Bäume zu nahe an den Gleisen die Sicht behinderten. Deshalb wurden mittlerweile bereits schon wieder mehr als 170 Bäume ausgegraben. ||

Anzeige



Kreativ Reisen GmbH
DER GRUPPENSPEZIALIST

LÄNDER DER BIBEL ERLEBEN

- **Israel Info-Reise für Gruppenplaner**
18.01. – 23.01.2012
499,- € p. P. im DZ/HP
- **„Vom Mosesberg zum Berg Nebo“**
Auf den Spuren des Gottesvolkes von Ägypten bis Jordanien
02.02. – 09.02.2012
1.295,- € p. P. im DZ/HP
- **ISRAEL Erlebnis- und Begegnungsreise**
Das Land der Bibel entdecken und erleben
26.02. – 04.03.2012
Preis auf Anfrage
- **Ostern und Pessach 2012 in Jerusalem erleben**
Die besondere Israelreise
01.04. – 11.04.2012
Preis auf Anfrage

Weitere Informationen unter
www.kreativreisen-gmbh.de

Wir planen Ihre Gemeindereise.
Sprechen Sie uns an:

Kreativ Reisen GmbH
Siedlung 12, 86736 Auhausen
Tel.: 0 98 32 / 7 08 97 24, Fax: 0 98 32 / 70 86 48
E-Mail: info@kreativreisen-gmbh.de

Vollmers Nationalgott

Ein Artikel im Deutschen Pfarrerblatt sorgt für Furore. Mehrfach wurde Israelnetz aufgefordert, den Aufsatz von Jochen Vollmer, „Der Israel-Palästina-Konflikt und die Befreiung der Theologie vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker“^[1] zur Kenntnis zu nehmen. || Johannes Gerloff



Foto: Johannes Gerloff

Vollmer behauptet, die Sperranlage solle einen palästinensischen Staat unmöglich machen

Dazu möchte ich erklären: Wer seine Meinung auf Lügen aufbaut, kann nicht erwarten, als Gesprächspartner ernstgenommen zu werden.

Pfarrer Dr. Jochen Vollmer lügt ganz einfach, wenn er behauptet:

1. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern beziehe sich auf ein Land, auf das Israel und die Palästinenser Anspruch erheben.
2. Dass wenige Juden dort mit ihren arabischen Nachbarn im Frieden gelebt hätten, bis Ende des 19. Jahrhunderts die jüdischen Einwanderungswellen aus Osteuropa kamen.
3. Zionisten hätten palästinensisches Land in Besitz genommen und geraubt mit dem Ziel, einen jüdischen Staat zu errichten.
4. Die Vergeltungsschläge Israels gegen palästinensische Gewaltakte seien zumeist unverhältnismäßig.
5. Nur wenige Zionisten hätten ein Unrechtsbewusstsein.
6. Die Opfermentalität missachte das Gebot der Torah „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken...“
7. Der israelische Narrativ behaupte, die Gründung Israels sei ohne große Opfer der Palästinenser erfolgt und die Palästinenser hätten freiwillig das Land verlassen.
8. Der religiöse Anspruch Ben-Gurions mache eine Verständigung mit den Arabern unmöglich.
9. Dass Landraub mit der biblischen Landverheißung und der Inanspruchnahme des Gottes Israels gegen den Gott der Araber legitimiert werde.
10. Dass ein Staat durch klar begrenztes Territorium definiert sei.
11. Dass das zionistische Projekt unter den bestehenden demographischen Verhältnissen nur zu erreichen gewesen sei auf dem Weg der Vertreibung arabischer Bevölkerungsteile.
12. Für die religiösen Parteien Israels sei die Schaffung von Groß-Israel unabhängig Gottes Gebot.
13. Die UN-Resolution 242 erkläre den Rückzug israelischer Streitkräfte aus den besetzten Gebieten zur Vorbedingung eines dauerhaften Friedens.
14. Die Siedlungspolitik mache einen Frieden mit den Palästinensern faktisch unmöglich.
15. Landnahme sei das oberste Ziel israelischer Politik.
16. Israel würde ohne die USA nicht überleben.
17. Die Sperrmauer, die Israel seit 2003 errichtet, solle das alltägliche Leben der Palästinenser erschweren und
18. einen lebensfähigen Palästinenserstaat unmöglich machen.
19. Der Anspruch Israels ,gleichzeitig jüdisch und demokratisch zu sein, gehe zwangsläufig mit der Vertreibung und Unterdrückung der nicht-jüdischen einheimischen Bevölkerung einher.
20. Der Staat Israel grenze durch seine jüdische Identität die nichtjüdische Bevölkerung aus und
21. verleugne den einen und universalen Gott, der für Juden und Nichtjuden in gleicher Weise da sein will.
22. Der Staat Israel wolle einen Glauben an Gott durch staatliche Gewalt sichern.
23. Die jüdische nationalreligiöse Rechte und ihre christlichen Freunde seien der Auffassung, um der Heiligkeit des Landes willen könnten Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts geboten sein.

24. Sie verletzten und töteten Palästinenser mit Berufung auf die Bibel.
25. Das Problem seien die nationalreligiösen Siedler, die das Land, nicht den Frieden wollten.

Alle diese und noch mehr Aussagen sind so und in dem von Vollmer gesetzten Zusammenhang schlicht falsch. Da Jochen Vollmer zudem mit einem Pfarrer- und Dokortitel auftritt und sein Aufsatz die redaktionelle Prüfung des Deutschen Pfarrerblatts durchlaufen hat, bleibt keine Möglichkeit, sie als „Unwahrheit“, „Versehen“ oder „Unachtsamkeit“ zu entschuldigen. Sie sind Lügen.

Jetzt müsste ich natürlich jede einzelne Aussage durchgehen, um zu beweisen, dass sie nicht der Wahrheit entspricht. Wirklich? Muss sich heute derjenige rechtfertigen, der die Wahrheit sagt? Darf man heute – sogar im Deutschen Pfarrerblatt – ungestraft alles behaupten, was einem in den propagandistischen Kram passt, ohne die gemachten Aussagen belegen zu müssen?

Jedem aufmerksamen und nur ansatzweise zu logischem Denken fähigen Leser wird zudem auffallen – selbst wenn er nicht im Nahostkonflikt zuhause sein sollte –, dass Vollmer sich selbst widerspricht, um hier nur ein Beispiel zu nennen, wenn er etwa unterstellt, das zionistische Projekt sei nur zu erreichen ge-

wesen auf dem Weg der Vertreibung arabischer Bevölkerungsteile – um dann unmittelbar (wohl als Beleg gedacht) anzuschließen: „1930 erklärte Chaim Weizmann in Berlin, es sei nicht möglich, Palästina in einen jüdischen Staat zu verwandeln, denn ‚wir können nicht und wollen nicht die Araber vertreiben.‘“ Wichtig ist hier festzuhalten, wer Chaim Weizmann war – und wenn Vollmer recht haben wollte, müsste er nachweisen, welchen Wandel Weizmann zwischen 1930 und 1950 durchlaufen hat.

Was verschweigt Vollmer?

Relevant wäre bei einer Analyse auch, was Vollmer alles verschweigt. Spontan fallen mir die bis heute aktuellen Vernichtungsdrohungen gegen das jüdische Volk und seinen Staat oder auch die etwa eine Million jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern ein. Da wäre ferner zu bedenken, was palästinensische muslimische Theologen weltweit erfolgreich verbreiten, und warum Hitlers „Mein Kampf“ oder „Die Protokolle der Weisen von Zion“ in der arabischen Welt so populär sind.

Interessant ist auch die Tatsache, dass eine islamistische, der schiitischen Hisbollah und dem Iran nahestehende Webseite den Artikel veröffentlicht

hat.^[2] „Alle Rechte vorbehalten, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Deutschen Pfarrerblatts“ steht als Überschrift in der Druckversion, weshalb davon auszugehen ist, dass das Pfarrerblatt oder der Autor selbst den Betreibern der Webseite, die eine Vernichtung des Staates Israel anstreben, die Genehmigung zur Veröffentlichung des Artikels gegeben haben.

Jetzt bin ich weder auf die politische noch theologische Meinung Vollmers, oder seine Gedankenführung und Argumentation eingegangen. Aber muss ich das wirklich tun? Er spricht dem Staat Israel das Recht auf Selbstverteidigung, ja selbst ein Existenzrecht ab. Muss man darüber wirklich diskutieren? Tut man einem Pfarrer, der sich auf ein solches Niveau herablässt, nicht zu viel Ehre an, wenn man den Fehdehandschuh aufgreift? Oder muss man Vollmers Artikel ernstnehmen, weil er ein Symptom des heute wieder in deutsch-christlichen Kreisen herrschenden Zeitgeistes ist? ||

[1] Deutsches Pfarrerblatt - Heft: 8/2011: <http://www.pfarrerverband.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3030> abgefragt am 26.08.2011.

[2] <http://islamicrevolutionsservice.wordpress.com/2011/08/17/vom-nationalgott-jahwe-zum-herrn-der-welt-und-aller-volker/>, zuletzt abgefragt am 05.09.2011 um 18.16 Uhr.

Leser fragen – Korrespondenten antworten

Frage C.M. aus Karlsruhe schreibt:

Mich würde interessieren, ob Johnny Shahwan, Elias Chacour, Mitri Raheb die Aussagen Vollmers als glatte Lügen bewerten würden. Das Problem des Konfliktes der Narrativen

und Darstellungen wird nicht glaubwürdig behandelt, wenn man einen Beitrag, der deutlich vom gegnerischen Narrativ gespeist wird, nur noch als eine große Lüge bezeichnet. ||

Antwort Johannes Gerloff aus Jerusalem

Unterschiedliche „Narrative“ einander gegenüber zu stellen und dadurch alles zu relativieren, ist heute sehr populär. Wenn wir eine Lage aber realitätsnah beurteilen wollen, geht es zuerst einmal nicht um Narrative, sondern um Fakten.

Wenn Vollmer etwa behauptet, „Das Selbstverständnis des Staates Israel steht einem Ausgleich der Interessen zwischen Israelis und Palästinensern im Wege“, ist nicht die Frage, was Shahwan, Chacour oder Raheb denken, sondern wie der Staat Israel sich selbst versteht. Von Palästinensern kann ich höchstens erfahren, was sie denken, wie Israelis über sich selbst denken. Ein Selbstverständnis ist ein Fakt, den ich objektiv eruieren kann, indem ich Zitate sammle, denjenigen, um dessen Selbstverständnis es geht, befrage, und das mit anderen Aus-

sagen oder Verhaltensweisen vergleiche.

Das Problem bei vielen Aussagen Vollmers ist, dass er ein Phantom aufbaut, um dieses dann zu bekämpfen. Dabei geht es nicht um das Selbstverständnis der Israelis, sondern darum, was Vollmer ihnen unterstellt.

Bei Palästinensern und Israelis verstehe ich das. Sie sind am Konflikt beteiligt. Bei einem Außenstehenden habe ich keine Nachsicht, weil er den Konflikt auf diese Weise nur noch verschärft.

Übrigens habe ich ganz bewusst den Artikel Vollmers nicht als „eine große Lüge“ bezeichnet und schon gar nicht den „gegnerischen Narrativ“, sondern habe mir die Mühe gemacht, ganz konkrete Aussagen als Lüge zu bezeichnen. ||

Palästina-Nostalgie

Obwohl die Palästinenser noch nie einen Staat hatten, sprechen heute schon viele vom „Land Palästina“. So auch der Jurist Raja Shehadeh, der seine Streifzüge durch eine einst schöne Landschaft beschreibt, für deren Zerstörung er den Israelis die Alleinschuld zuweist. Osmanen, Briten und Jordanier werden in dem Buch „Wanderungen durch Palästina – Notizen zu einer verschwindenden Landschaft“ als Besatzer nur am Rande erwähnt. || Elisabeth Hausen



Foto: PalFest, flickr

Der Autor Raja Shehadeh auf einer „sarha“ im Westjordanland

An anschaulich schildert der palästinensische Autor seine Ausflüge allein oder in Gesellschaft. „Wenn ich mich bewege, hilft mir das, den Dingen eine Perspektive zu geben“, schreibt er. So eine Wanderung bezeichnet er mit dem arabischen Ausdruck „sarha“: „Auf eine sarha zu gehen bedeutet, nach Belieben herumzuschweifen, ohne Beschränkungen.“ Shehadeh geht ausführlich darauf ein, was sich in den Jahrzehnten seit seiner Kindheit an den Orten verändert hat, die er aufsucht. In die Beschreibung webt er Erlebnisse von Verwandten und Bekannten ein, denen durch israelische Behörden Unrecht widerfahren ist. Als Anwalt bemüht er sich seit Jahren, palästinensischen Grundbesitzern gegenüber Israel zu ihrem Recht zu verhelfen.

Dass die Israelis „traditionell palästinensisches Land“ für sich vereinnahmen, legt der Verfasser auch den Europäern zur Last: „Europa hat, genauso wie später der Zionismus, danach getrachtet, auf der Suche nach dem Israel des Alter-

tums die historische Bedeutung der Religion zu bewahren. Es war eine Suche nach den eigenen kulturellen Wurzeln, in deren Prozess die palästinensische Geschichte zum Schweigen gebracht und auf den Platz der Vorgeschichte verwiesen wurde. Dadurch wurde der Weg für den modernen Staat Israel geebnet, der nicht nur das Land, sondern auch Zeit und Raum der Palästinenser unter seine Kontrolle brachte.“ Und so wirft er den Israelis vor, durch Siedlungsbau die Hügel zerstört zu haben, die für die Landschaft seiner Kindheit charakteristisch waren. Palästinensischen Expansionsbestrebungen in Ramallah indes steht er weniger kritisch gegenüber.

In dem Buch beschreibt Shehadeh auch eine persönliche Begegnung mit einem Siedler. Dieser scheint alle Klischees gegenüber den Israelis im Westjordanland auf sich zu vereinigen: orthodox, ahnungslos im Blick auf die palästinensische Geschichte, ohne Bewusstsein für die Bedürfnisse der Palästinenser, auf

die biblischen Verheißungen fixiert. Aus Sicht des Autors haben die Siedler Ähnlichkeit mit den Essenern, die zur Zeit Jesu abgeschottet in der judäischen Wüste lebten und ihre eigenen religiösen Gesetze äußerst streng verfolgten. „Der Bau der Siedlungen in den besetzten Gebieten ist ein Regierungsprojekt, das nicht durch juristische Schritte behindert werden soll“, schreibt der Palästinenser. Einst habe er „jeden Schritt des illegalen Prozesses, durch den sie realisiert wurden, akribisch genau dokumentiert“. Zur israelischen Sperranlage um das Westjordanland behauptet er: „Nur zum Teil folgte ihr Verlauf der 1967 im Waffenstillstandsabkommen festgelegten und international anerkannten Grenze zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten, die heutzutage aus den offiziellen israelischen Landkarten getilgt ist.“ Dabei bleibt er die Antwort auf die Frage schuldig, wann diese Waffenstillstandslinie international anerkannt wurde. Auch fehlt jeglicher Hinweis darauf, dass das erwähnte Abkommen mit Jordanien getroffen wurde, nicht aber mit den Palästinensern.

Das Buch lässt frühere und aktuelle Landschaften des Westjordanlandes vor dem Auge des Lesers lebendig werden. Einseitig wird Israel für alle negativen Veränderungen verantwortlich gemacht. Eine mögliche Mitverantwortung von Palästinensern oder Besatzern aus der Zeit vor dem Sechstagekrieg diskutiert der Autor nur peripher. ||



Raja Shehadeh,
Wanderungen in Palästina, Union, 256
Seiten, 9,90 EUR,
ISBN 3-293-20521-6

Kommentar

Großmachtstreben am Bosphorus



Wohin steuert die Türkei? Vor mehr als hundert Jahren war das in Europa ein stehender Begriff: Der kranke Mann am Bosphorus. Gemeint war der Zustand des türkisch-osmanischen Großreiches. Jahrhunderte hatte ein Sultan von Istanbul aus den ganzen Orient und das halbe Europa beherrscht. Eine schlagkräftige Militärmacht garantierte den Bestand des Reiches und sorgte mit Eroberungen für den Reichtum der Osmanen. Doch bereits im 18. Jahrhundert wurde der Anschluss an die Entwicklung des modernen Europa verpasst. In Westeuropa schufen wissenschaftliche Entdeckungen die Grundlage für neue Techniken und die industrielle Produktion, schließlich die Ausrüstung für modernes Militär. Die Osmanen bestellten Güter in Europa und zahlten zunehmend mit Krediten aus Europa. Der kranke Mann am Bosphorus lag im Sterben. Geschlagen im Ersten Weltkrieg verloren die Türken ihre Vorkherrschaft im Orient und damit den Großmacht-Status. In den 20er Jahren setzte die neu konstituierte Türkei zum Sprung in die westliche Moderne an, Höhepunkt der Entwicklung war die offizielle Abschaffung des Kalifats 1924. Die unter dem Staatslenker Attatürk begonnene Hinwendung zum Westen gipfelte im Streben nach der Mitgliedschaft in der EU.

Neue islamische Brüderlichkeit

Und nun? Nun strebt die Türkei unter Recep Tayyip Erdogan zugleich ein neues Ziel an: den Nahen Osten. Die Tour durch einige Länder des „arabischen Frühling“ jetzt im Herbst ließ wie selten zuvor den Anspruch auf eine neue Führungsrolle erkennen. Auch wenn Erdogan bei den Muslimbrüdern mit dem Wunsch nach einem laizistischen Staatswesen nicht punkten konnte, war klar, dass er den neuen Machthabern in Ägypten zeigen wollte, wo es lang geht. Reibungslos verliefen die Besuche in Tunesien und in Libyen. Erdogan kam als erster Regierungschef eines islamisch orientierten Landes zu Gesprächen mit Vertretern des „Übergangsrates“ der Regierung Libyens zusammen. Im „Handelsblatt“ wurde Mustafa Abdul Dschalil vom „Übergangsrat“ zitiert: „Wir wollen ein demokratisches, islamisches Land nach dem Vorbild der Türkei werden.“ Erdogan sicherte der neuen libyschen Führung Hilfe beim Aufbau des Landes zu. Das geschehe „Hand in Hand, Seite an Seite“.

Bereits im Januar 2011 war Erdogan mit großer Delegation durch die arabischen Staaten am Golf gereist. Aufhorchen ließen die an die Araber gerichteten Botschaften, die sicher die ganze Welt hören sollte. Künftig soll im Rückgriff auf die große gemeinsame Vergangenheit von Türken und Arabern in den Jahrhunderten zuvor ein neues Kapitel geöffnet werden. Erdogan erklärte, dass die „tausendjährige Brüderlichkeit“ zu neuem Leben erweckt werden solle, um eine „politische, wirtschaftliche und kulturelle Union“ zu werden. Und er fügte hinzu: „Wir sind Angehörige derselben Zivilisation.“

„Säbelrasseln“ gegen Israel

Und was bedeutet es für Israel? Kürzlich wurden die diplomatischen und militärischen Kontakte seitens der Türkei minimiert. Ein offener Bruch mit Israel. Hintergrund ist die UN-Stellungnahme zu den Ereignissen um das Schiff „Mavi Marmara“ im Mai 2010. Der Bericht löste eine neue Welle türkischer Erklärungen gegen Israel aus, gefolgt von der Drohung, eine nächste „Gaza-Hilfsflotte“ mit Kriegsschiffen zu begleiten. Will die Türkei eine von der UNO für rechtmäßig erklärte Blockade des Gazastreifens militärisch durchbrechen und eine Konfrontation mit der israelischen Marine provozieren? Die Freund-Feind-Kennung in der Software türkischer Militär-Flugzeuge wurde so geändert, dass israelische Maschinen fortan als Feind erkannt werden. Die militärische Zusammenarbeit ist Vergangenheit. Ohnehin gibt es in der Armee eine neue Spitze. In einem Coup hatte Erdogan vor Monaten die Führung in weiten Teilen ausgetauscht und mit Personen seines Gefallens besetzt. Gewiss, mit markigen Sprüchen und Aktionen gegen Israel lässt sich in der arabischen Welt punkten. Gerade die Umbrüche im Orient mit der Entmachtung bisheriger Machthaber in Ägypten und Libyen, die auf ihre Weise für politische Stabilität gesorgt hatten, öffnen der Türkei neue Türen für eine Führungsrolle. Alle anderen Staaten sind derzeit weg vom Fenster. Der Anspruch wird aktuell untermauert, indem nach den historischen Gemeinsamkeiten mit dem Bekenntnis zum Islam der Staat Israel zum gemeinsamen Gegner erklärt wird. So können sich die neuen Regierungen in den Umbruchstaaten und das Volk auf der Straße durch die türkischen Drohgebärden in ihrer Haltung und dem Terror gegen Israel ermutigt fühlen. Die Stürmung der israelischen Botschaft in Kairo, die aufgeheizten Sprüche der Palästinenser im Vorfeld der UN-Versammlung, werden übertönt durch türkisches „Säbelrasseln“. Muss man fortan den „kranke Mann am Bosphorus“ ganz neu verstehen? Größenwahn ist eine gefährliche Krankheit für den Betroffenen und leider auch für alle Umstehenden. || Egmond Prill

Anzeige

Der Israelnetz-Kalender 2012 nur 8,90€



Für das Jahr 2012 hat die Israelnetz-Redaktion für Sie wieder eine einzigartige Auswahl von interessanten Fotos aus dem Heiligen Land zusammengestellt – dieses Mal mit dem Schwerpunktthema „Wüste“.

Bestellen Sie Ihr persönliches Exemplar per
Telefon (06441) 915 151 oder online: **www.israelnetz.com**.

Reise | Veranstaltung

Israelwoche in Oberstdorf – Christliches Gästehaus Bergfrieden

7. bis 14. Januar 2012



„Orient im Umbruch“ – Rebellionen von Tunesien bis Ägypten, Aufstände in Syrien und im Jemen beschäftigen nicht nur die Menschen im Nahen Osten. Die „Zwei-Staaten-Lösung“ beschäftigt die UN-Weltorganisation. Die Türkei sucht eine neue Rolle in der islamischen Welt und strebt nach Führung im Orient. Was wird aus Israel?

Interessante Abendvorträge, Bibelarbeiten und Gespräche.

Genießen Sie die freundliche Atmosphäre im Haus und die Allgäuer Bergwelt vor der Haustür.

Referent: Egmond Prill (Israelnetz – Kassel)

Information/Anmeldung

Christliches Gästehaus Bergfrieden e.V.
 Oytalstraße 4, 87561 Oberstdorf
 Telefon 08322 / 95 98-0
 info@bergfrieden-oberstdorf.de

„Brennpunkt Nahost“ – im Radio und online

Hintergründe und Analysen – Erfahren Sie mehr über die Situation in Israel und dem Nahen Osten. Jeden Monat stellt sich Johannes Gerloff, Israelnetz-Korrespondent, den Fragen von Horst Marquardt im „Brennpunkt Nahost“.

An jedem 1. Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr auf ERF+
 (Wiederholungen FR 11.00 Uhr, SA 14.00 Uhr)

Im Internet sind die Sendungen unter: www.audio.israelnetz.com jederzeit zu hören.



Reise



mit Egmond Prill

Israeltage im „Haus Gertrud“

Jonsdorf (Oberlausitz)

17. bis 20. November 2011

BRENNPUNKT ISRAEL: „Dein Volk ist mein Volk, dein Gott ist mein Gott“

Referent: Egmond Prill (Israelnetz – Kassel)

Das Thema „Israel“ steht in der Bibel und bleibt in den Schlagzeilen. Gott schreibt mit seinem Volk Weltgeschichte und Heilsgeschichte. Hören Sie Biblisches, Politisches, Aktuelles. Entdecken Sie in diesen Tagen das Zittauer Gebirge, das kleinste Mittelgebirge Deutschlands im östlichen Dreiländereck.

Informationen/Anmeldung

Haus Gertrud | Großschönauer Str. 48
 02796 Kurort Jonsdorf
 Telefon (035844) 735-0
www.haus-gertrud.de | info@haus-gertrud.de

Buchtipp



Die Palästinenser Johannes Gerloff Volk im Brennpunkt der Geschichte

Die Meinungen über die Palästinenser sind so schwarz-weiß wie Arafats Kopftuch. Die einen sehen in ihnen nur die verfolgte Minderheit. Die anderen nur ihre Gräueltaten. Gerloff blickt hinter die Kulissen. Er interviewt würdige Scheichs, strenge Korangelehrte und Bewohner von Flüchtlingslagern und übersieht dabei „die andere Seite“ nicht: jüdische Flüchtlinge aus arabischen Ländern. Überraschende Hintergrundinformationen ergänzen das Bild. **19,95 €**

Das Buch erhalten Sie im Buchhandel, direkt bei Israelnetz unter Telefon (06441) 915 151 oder unter www.pro-BUCH.net.

Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)



Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail

Bitte senden Sie das Formular per Post oder Fax an Israelnetz. Bestellung auch am Telefon unter: (06441) 915 151 oder im Internet: www.israelnetz.com.